Essays zur Gegenwart
Politik I Kultur I Ökonomie

NR. 1 Sommer 2020
kostenlos I nur digital
www.grenzgaengerin.eu

GRENZGÄNGERIN

VOLLSTÄNDIGEN TEXT JETZT LESEN +++kostenlos+++

mehtap erol

hans-jürgen urban

gesine schwan

ulrike winkelmann

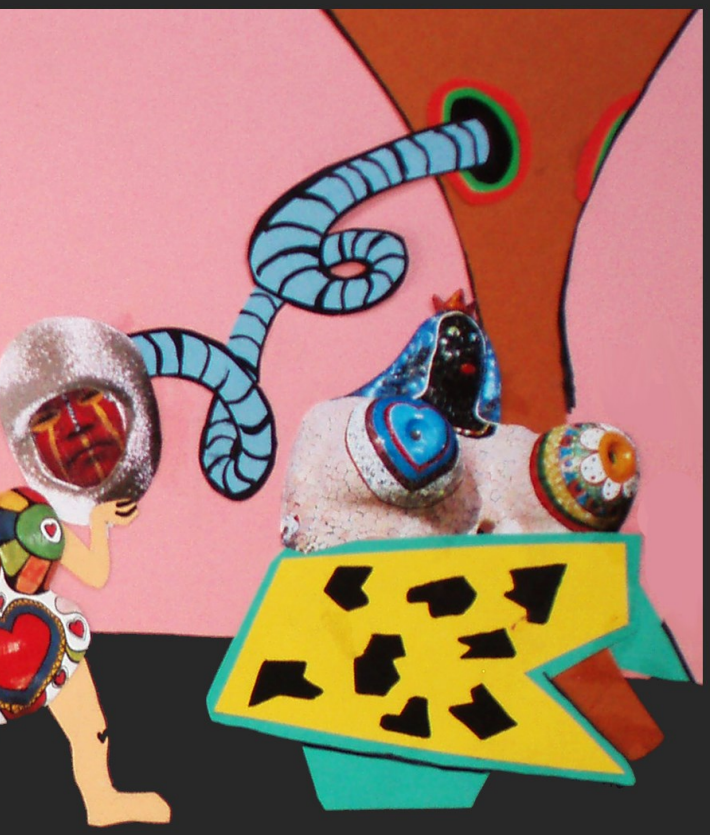
leben im Übergang aber wohin?

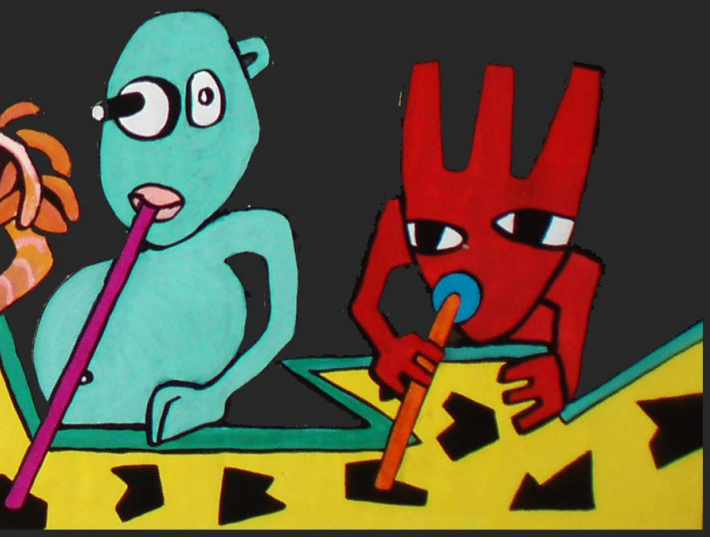
INTERREGNUM

www.grenzgaengerin.eu

GRENZ GÄNGE

Leben im »*Nicht mehr*« und »*Noch nicht*«. Über unser **INTERREGNUM**





RIN

FOKUS

Kapitalismus INTERRUPTUS

Corona und die Ungleichzeitigkeit. Einleitung zum Schwerpunkt

von der Redaktion

Vielleicht gibt es keine schlechtere und keine bessere Zeit, um eine neue Zeitschrift zu starten. Während wir diese Zeilen schreiben, wirkt Corona, wirkt die COVID 19-Pandemie weltweit als einschneidender Prozess und als Prüfung, die unsere Gesellschaften und das Verhältnis zwischen ihnen sichtbarer macht oder gar verwandelt. Welchen Sinn gibt es im Angesicht eines unbekannten Virus, der uns neuartige Unsicherheit lehrt, zu entdecken? Wie ist diese Zeit zu verstehen und zu begreifen, auf das unsere politischen Hoffnungen, unsere Phantasien, soziale und kulturelle Möglichkeiten, sowie klimagerechte ökonomischen Herausforderungen nicht von fortgesetzten Ausnahmezuständen stranguliert werden? Wir schlagen vor, die Pandemie nicht als fremde Macht anzusehen, die über uns kommt, über unseren Alltag, unser Berufsleben, unsere Privat- und Intimräume. Wir lesen Corona als eine *Verstärkung der Ungleichzeitigkeit, die für bürgerliche, d.h. kapitalistisch-demokratische Gesellschaften immer kennzeichnend ist.* COVID-19, und damit sowohl die zu seiner Eindämmung bewirkten einschränkenden Maßnahmen, als auch die unterschiedlichen Hilfspakete und deren Auswirkungen treffen unsere Gesellschaften gleichzeitig mit zwei Logiken, die gegensätzlicher kaum sein könnten. Corona bringt eine *große Unterbrechung* und ist gleichsam Mit-Auslöser einer bemerkenswerten *Beschleunigung*.

»Die Zeit während der Pandemie hat etwas Eigentümliches«, schreibt treffend der US-amerikanische Kolumnist Ross Douthat, dessen buchlanger Essay ›The Decadent‹ Society in diesem Heft besprochen wird. »Einerseits gibt es das Gefühl, dass der normale Kalender einfach angehalten wurde, dass Schulpläne und Sportsaisons sich in Luft auflösen, dass ein zuhause verbrachter Tag im Grunde wie jeder andere vergeht. Es ist ein Gefühl von Pause, von Unterbrechung (...). Und doch gibt es zur selben Zeit das Gefühl einer Beschleunigung, von Veränderungen, die sich andernfalls über ein Jahrzehnt gezogen hätten (...)«.

Wir haben uns gefragt, ob sich hinter diesen überwältigenden und unübersichtlichen Verschiebungen vielleicht Muster und Meilensteine erkennen lassen, die mögliche Anhaltspunkte sind, um sich die Verhältnisse wieder durchdringender und präziser anzueignen, die der ins Unbekannte verlängerte gesellschaftliche Ausnahmezustand mit seiner Allzuständigkeit aufgesogen hat. In Auseinandersetzung mit Forschungstraditionen zu Revolutionen, sozialen Bewegungen, politischen Skandalen oder Katastrophenfolgen insistiert der französische Soziologie Michel Dobry, dass Krisen und gesellschaftliche Ausnahmezustände weder völlig strukturlos sind, noch sich in ihnen das bisher Gewesene ungebrochen fortsetzt. Solchen Konstellationen sei eigen, dass Strukturen zwar nicht verschwinden, aber anders wirken als in Routine-Situationen. So gewinne jede Krise eine eigene Qualität, eine Eigenständigkeit ge-

genüber den Bedingungen ihres Entstehens. Es lasse sich selten vorhersehen, was die Krise am Ende bewirkt haben wird. Was bedeuten Unterbrechung und Beschleunigung in Wirtschaft, Politik, Kultur? Krisen sind oft Lehrstücke über politisch-soziale Hegemonie, d.h. in ihnen werden alte Selbstverständlichkeiten zerstört und neue hervorgebracht. Was ist, wie es ist, bleibt oft so, wie es ist, weil Alternativen dazu nicht bekannt sind und/oder im Lichte bisheriger Erfahrungen nicht für wünschenswert oder für nicht aussichtsreich gehalten werden. Wünschbarkeiten und Möglichkeiten zu ändern, dafür bieten gesellschaftliche Ausnahmezustände die Gelegenheit per excellence. Krisen ändern auch, wie und was wir denken, hoffen, uns vornehmen und einkalkulieren. In diesem Sinne sind sie eine politische Umbruchszeit, deren Erkundung lohnt. Corona hat die Umbrüche der gegenwärtigen Welt nicht verursacht, aber die Pandemie ist wie ein Scheinwerfer, der die Verhältnisse deutlicher auszuleuchten gestattet.

WAS CORONA SICHTBAR GEMACHT HAT

In Umbrüchen reißen unsichtbare Verknüpfungen. Verbindungen, die ansonsten kaum wertgeschätzt werden, machen sich im Moment ihres Verblassens oder Verschwindens bemerkbar. Was dabei nach und nach zum Vorschein kommt, ist keine einem Masterplan entspringende, sondern eine sich vielmehr ›naturwüchsig‹ entwickelnde gesellschaftliche Arbeitsteilung mit unzähligen geschichtlich sich überlagernden Herrschaftsverhältnissen. Sie ist beinahe so vielfältig, wie es aufeinander aufbauende, aneinander anschließende Tätigkeiten, Abstimmungen und Verpflichtungen gibt. Unvermeidlich bedeutet das Aufeinander-Aufbauen und Einander-Anschließen auch immer eine bestimmte Art der Verwundbarkeit. Wir brauchen und nutzen die Vorprodukte und Vorleistungen, die Zuverlässigkeit der anderen beim Liefern und Vermitteln, damit wir selber liefern und vermitteln können. Ohne der unermesslichen Vielfalt gesellschaftlicher Beziehungen allzu viel Gewalt zu anzutun, können wir die internationalen Verflechtungen in allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Sektoren, die Verhältnisse zwischen Märkten, Staaten und bürgerlicher Gesellschaft (Zivilgesellschaft) im Austauschverhältnis mit der natürlichen Umwelt als wichtigste Ablesestationen der Arbeitsteilung betrachten.

Wir erleben eine neue Qualität des menschlichen Eingriffs in die Natur anhand meist unbeabsichtigter Folgen. »Diese Rückwirkungen«, so Christoph Lieber, »bestehen in der Wirkungskette von Waldrodung und Landverbrauch durch Urbanisierung, Agrarwirtschaft und industrielle Massentierhaltung, aus der resultierenden Reduktion der Artenvielfalt und der Vermehrung von vielfach medikatmentenresistenten, aber auch gänzlich neuen Viren und Bakterien auf Lebendtiermärkten und in der industriellen Tierhaltung für die Ei-, Milch- und Fleischproduktion«. Deswegen ist COVID-19 kein unheilvolles Phänomen aus dem Nichts, sondern hat mehr gemeinsam mit Geistern, die alle Menschen vor allem fortgeschrittener industriekapitalistischer Länder als Zauberlehrlinge unabsichtlich und unwissentlich gerufen haben. Nicht nur hinsichtlich der Ursachen, auch auf der Lösungsseite ist die Corona-Pandemie lehrreich. Der Handlungskanon zur Bekämpfung des Virus offenbart, wie folgenreich ein ernstgemeinter Umstieg auf einen nachhaltigen, d.h. Umwelt- und klimaschonenden Entwicklungspfad der industriekapitalistischen Gesellschaft – ein Umbau bei laufendem

COVID-19

Betrieb – wäre. Die bemerkenswerten beobachtbaren Emissionsrückgänge in den Volkswirtschaften haben manche Linke und ÖkologInnen zum Vorschlag provoziert, das wirtschaftliche Aktivitätsniveau gar nicht erst wieder hochzufahren, damit es bei der gesunkenen Umweltbelastung bleibt. Das erscheint uns in mehrfacher Hinsicht keine sinnvolle Perspektive zu sein. Ein absichtliches Schrumpfen – statt eines Umbaus – der Wirtschaft würde unzählige Existenzen vernichten und massenhaftes Elend bedeuten. Überdies würden die zahlreichen Konjunktur- und Wiederaufbauprogramme eine ganz konkrete Gelegenheit darstellen, wie Leiterin der UN-Klima-Gipfels von 2015 Christiana Figueres beobachtet, den Wiederaufbau in demokratischen Entscheidungen verbindlich als Umbau anzuerkennen und zu gestalten. »Der Umfang dieser Konjunkturspritzen wird die Umrisse der globalen Wirtschaft für das nächste Jahrzehnt prägen, wenn nicht länger. Genau in diesem Jahrzehnt, so warnen die KlimaforscherInnen, müssen die weltweiten Emissionen halbiert werden, um einen nachhaltigen Entwicklungspfad zu erreichen«. Die mehrheitliche gesellschaftliche Akzeptanz dieses Entwicklungspfades ist die Hegemoniefrage unserer Gegenwart schlechthin. Es geht darum, aus den Umfragemehrheiten für die Forderungen von ›Fridays for Future‹ wirkungsmächtige, auch im Konfliktfall belastbare politische Mehrheiten zu machen. An dieser Aufgabe muss sich jede politische Kraft messen, die es ernst damit meint, eine lebenswerte Zukunft zu schaffen.

Hinter Trumps rechtspopulistischem Politainment drängt sich die Frage in den Vordergrund, ob die USA noch führen könnten, selbst wenn sie wollten

Während noch nicht klar ist, ob COVID-19 und die Reaktionen darauf die klimapolitischen Anstrengungen unterm Strich gebremst oder beschleunigt haben, kann an der Beschleunigung vieler Umbrüche in der internationalen Arbeitsteilung kein Zweifel bestehen. Vordergründig erwächst ein Machtvakuum auf der zwischenstaatlichen Ebene daraus, dass die USA unter der Präsidentschaft Donald Trumps nicht mehr führen *wollen*, sich wichtigen Abkommen und Initiativen verweigern. Hinter dem Spektakel des rechtspopulistischen Politainment allerdings konkretisieren sich genügend Zweifel, so dass die legitime Nachfrage lauter wird, ob bzw. wie lange die USA noch führen *können* – ganz gleich, wer im Weißen Haus sitzt. Corona zerrt eine veränderte globale Machthierarchie, Verwundbarkeiten und Fähigkeiten, ein neues geopolitisches Machtgefüge ins Schaufensterlicht. Eine ehrliche Bestandsaufnahme müsste damit beginnen, die lange als ›Schwellenländer‹ bezeichneten Mitspieler auf internationalem Parkett auf Augenhöhe zu begegnen, da sie nicht nur bei der Bewältigung der Pandemie ihren Status als dem Westen ›Gleichrangige‹ unter Beweis gestellt haben. Südkorea und Taiwan etwa, weiß der Wirtschaftshistoriker Adam Tooze zu berichten, »haben große Teile des Westens an wirtschaftlichem Wohlstand, technischer Raffinesse und grundlegender öffentlicher Sicherheit, die die sie ihren glücklichen BürgerInnen bieten können, überholt«. Das bedeute jedoch womöglich eine umso heftigere Spaltung auf der Welt in Länder, die recht gut die Pandemie bewältigten und solche, die Corona nur mit hohen Opferzahlen überstehen.

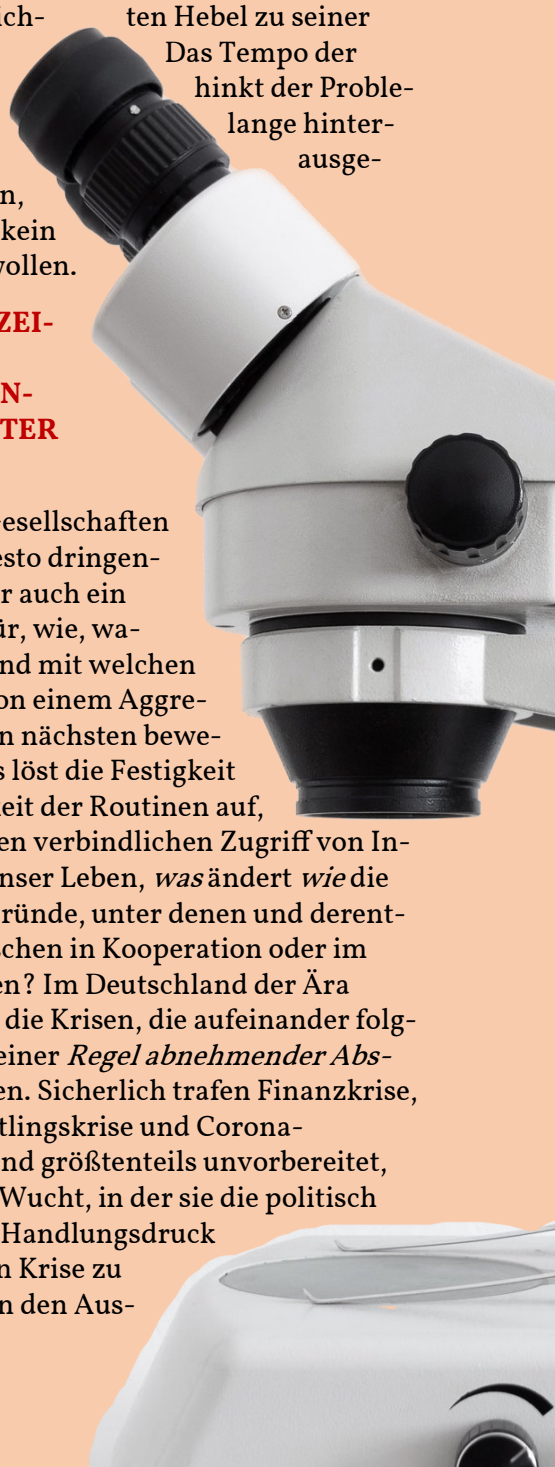
Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie unterscheiden sich erheblich von denjenigen der Finanzkrise von 2008ff. Damals wurden die Staaten außerhalb der westlich-industriekapitalistischen Länder erheblich weniger getroffen. Gerade China leistete mit seinem damaligen massiven Investitionsprogramm einen erheblichen Beitrag zur Stabilisierung der Weltwirtschaft. Betrachtet man die Arbeitsteilung zwischen den wirtschaftlichen Sektoren, wirkt der ›Ansteckungsmechanismus‹ der Pandemiebezogenen Maßnahmen eher spiegelverkehrt zu denjenigen, mit denen vor zwölf Jahren zu kämpfen war. Die damalige Krise wirkte zunächst als geplatzte Blase auf den Finanzmärkten und griff bald auf die ›Realwirtschaft‹ über. 2020 dagegen wurden teils gezielt, teils als Nebenfolge von Maßnahmen zur Rettung von Leben die ›realwirtschaftlichen‹ Kreisläufe stillgelegt oder heruntergefahren. Weil das Ausbremsen wirtschaftlicher Aktivität sich im Unterschied zu 2008 eindeutig politischen Entscheidungen, und nicht dem unregulierten Treiben von GläubigerInnen und SchuldnerInnen verdankte, brachte die Betroffenheit im Verhältnis zu anderen Unternehmen und zum Staat von Anfang an eine viel höhere Politisierung mit sich, als man sie während der Finanzkrise erlebt hatte. Mehr noch, die zu jedem Zeitpunkt auf politische Entscheidungssituationen zurückführbaren Stilllegungen von Alltag und

Wirtschaftsaktivität ließen die meistens unbedachten politischen Voraussetzungen und Qualitäten des Stillgelegten selbst in den Vordergrund treten. Zudem stellten die Folgen des Infektionsgeschehens wie das Maskentragen, die einzuhaltenden Abstände oder Ausgangssperren, die Einschränkung der Mobilität, die neuen Arbeitsweisen und –abläufe ein sinnliche Ebene von Erlebnissen dar, die den vorangegangenen Krisen in vielen Ländern fehlte. Selbst in den arg Eurokrisen-gebeutelten Ländern erfasste der wirtschaftliche Absturz niemals alle. Die COVID 19-Pandemie hingegen trifft zwar nicht alle gleichermaßen, aber bei aller Unterschiedlichkeit tangiert sie alle gleichzeitig, und wirft gerade so auf Ungleichheiten und Ungleichzeitigkeiten ein starkes Licht. »Die Corona-Krise führte für ein kurzes Zeitfenster zu der historisch einzigartigen Konstellation, dass durch den Stillstand volkswirtschaftlicher Kreisläufe die unterschiedlichen Abhängigkeitsverhältnisse der einzelnen Lebensreproduktionen öffentlich sichtbar werden, die sonst unter der Kontinuität von Einkommen und Geldzahlungen unthematisiert bleiben« (Christoph Lieber).

Damit wirkte zumindest in Deutschland, aber auch in anderen Ländern, die nicht bereits bei Ausbruch der Pandemie rechtspopulistisch regiert wurden oder wie Italien durch von außen auferlegte Sparorgien in ihrer Handlungsfähigkeit gegenüber Corona sich eingeschränkt fanden, eine Situation, die im Unterschied zu früheren Krisen gegen die Ansprache und Erfolgslogik radikal-rechtspopulistischer Politik wirkte. Die Pandemie (anders als bei AIDS) verweigerte eine Stigmatisierung einzelner Gruppen. Vor allem entfernten sich die Gesellschaften ruckartig von einem Blick und einem Verständnis, das die prägende und existenzielle Auseinandersetzung als ›Innen-Außen-Konflikt‹ versteht und ausficht. Auch in Deutschland bewegte sich die Dynamik weg von derartigen ethnisierten Verteilungskonflikten, dessen Virulenz die RechtspopulistInnen (und inzwischen auch Rechtsterroristen) zugleich behaupten und - die einen mit menschenfeindlichen Worten, die anderen mit tödlichen Taten - zu entfachen versuchen. Die neue Ausleuchtung der gesellschaftlichen Hard- und Software passt nicht zur Schaffung eines homogenisierten ›Wir‹, das zu seiner Beschwörung und Verstetigung sich gegen entmenschlichende Feindbilder abgrenzen muss. Der Rechtspopulismus steht für das für-Natürlich-halten und nicht-Hinterfragen. Diese Corona-Ausnahmesituation zeigt aber überdeutlich, dass gesellschaftliche Strukturen, soziale Hierarchien und kulturell getragene Herrschaftsmechanismen nur scheinbar als selbstverständliche, unhinterfragbare Natur verklärt werden können. Das betrifft – und sprechen wir im Kern die Verhältnisse innerhalb und zwischen den Haushalten an – auch die ›Anspruchstitel‹, über die Leute Anteile am gesellschaftlich Erwirtschaften zugesprochen bekommen. Wenn alles steht still, obwohl kein starker Arm, sondern der Infektionsschutz es will – warum und wie sollen eigentlich Dividenden, Zinsen und allerlei andere leistungslose Einkommen weiterhin fließen und ausgeschüttet werden, wenn zeitgleich sich sonst abrackernde ArbeiterInnen und KleinstunternehmerInnen KurzarbeiterInnengeld oder Hilfen beantragen müssen? Die beispiellosen Hilfspakete mögen für viele Betroffene hinten und vorne nicht reichen und bisweilen absurde Willkür in ihren Regelungen enthalten – warum sollten Kleinselbstständige der Kreativwirtschaft von den Hilfsgeldern zwar ihre VermieterInnen, ihre Materiallieferanten und ihre Provider-Gebühren, aber nicht ihren eigenen Lebensunterhalt bezahlen dürfen? Dennoch wirken sie potentiell wie ein alltagspraktischer Kurs in politischer Ökonomie. Sie zeigen, dass Geld nicht knapp ist, sondern knapp gehalten wird, ohne dass das allzu deutsche Angstgespenst der (Hyper)inflation gleich wieder um die Ecke käme. Zugleich wird leichter als je zuvor politisch diskutierbar, wer was beiträgt und wer wie viel bekommt – und jeweils auch, warum. »Wie in einem großen Ratschlag werden das gewohnte ›Tableau Économique‹, sozusagen die Kreisläufe der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, aufgeknöpft und öffentlich sichtbar gemacht und ihre Verflechtungen und darin enthaltenen Bewertungen von Notwendigkeiten, Systemrelevanz, Bullshit-Jobs, Höhe der Bezahlung, Stellenwert der Mieten, von

fehlender Anerkennung bis zu gesellschaftlich Überflüssigem oder Schädlichem zur Diskussion gestellt. [...] Das Sichtbarwerden gesellschaftlicher Komplexität moderner Gemeinwesen durch scheinbare Reduktion in Friedenszeiten ist bislang historisch einmalig« (Christoph Lieber). Gegen diese unerwartete Aufklärung von unten erscheint etwa das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom Mai 2020 zur Politik der Europäischen Zentralbank zumindest in seinen volkswirtschaftlichen Aspekten wie aus der Zeit gefallen – als ein konservativer Bauernaufstand, der einer heilen Welt unter Aufsicht einer gefühlt allmächtigen Bundesbank nachtrauert.

Die gesellschaftliche Ausleuchtung ermutigt ein größeres Zuhören-Wollen, kratzt an verlorener Empathiefähigkeit, zuletzt deutlich geworden an Diskussionen um Alltagsrassismus, strukturellen Rassismus und von rassistischen Voranahmen beeinträchtigten Staatsapparaten wie der Polizei. Innerhalb der Haushalte werden auf einen Schlag allerlei Ansprüche neu beleuchtet, die die Gesellschaft an Eltern, diese untereinander und wiederum sie an die Gesellschaft stellen. Hoffentlich gerät endlich die Selbstverständlichkeit dauerhaft ins Wanken, dass von der Mehrheit der Gesellschaft und in Partnerschaften unhinterfragt Sorge-Arbeiten beansprucht und stillschweigend ›mitgenommen‹ und die beständige Anspannung des Sich-verantwortlichfühlens (und faktisch -Seins) zumeist von Müttern übernommen werden. »Warum landet dieser Verantwortungsgedankenstrom scheinbar naturwüchsig bei uns Frauen?«, fragt eine FAZ-Journalistin im Gespräch die Autorin Patricia Cammarata . Erfreulicherweise nimmt die Forschung jüngst unter verschiedenen Etiketten wie ›kognitive Arbeit‹ oder ›mental workload‹ die ständige geistige Beanspruchung derjenigen in den Blick, die ›den Haushalt schmeißen‹. Unter Corona-Bedingungen übersetzte sich die größere Selbstverständlichkeit für Mütter, das Gros der Sorgearbeit zu übernehmen in Mehrfachbelastungen. Insbesondere traf es sie dann, wenn aufgrund der Einkommenssituation die Arbeitszeit nicht verlustfrei reduziert werden konnte. Andererseits galten jetzt viele 'Frauenberufe' als systemrelevant. So erfasste Corona Frauen in einer *Zangenbewegung*: Am Arbeitsmarkt jetzt ausdrücklich unverzichtbar, zugleich aber auf Inpflichtnahme als Mütter verwiesen. Diese Bewegung traf auch die Produktion dieses Heftes – bestehende Zusagen und Verpflichtungen hinderten interessierte, angefragte ÖkonomInnen daran, einen Beitrag zur Grenzgängerin beizusteuern. Unterm Strich übernehmen Frauen nicht nur das Gros der Kinderbetreuung, sondern erhalten auch seltener Aufstockungen des Kurzarbeitergeldes, reduzieren aber dafür häufiger die Arbeitszeit (weil sie im Haushalt meist das geringere Erwerbseinkommen haben). Unter Corona zu beobachten war daher eine wachsende Kluft zwischen Haushalten mit hohen und geringen Einkommen. Letztere mussten häufiger Arbeitszeiten reduzieren, weil in ihren Beschäftigungsfeldern seltener Home Office möglich, man also höherer Ansteckungsgefahr ausgesetzt war. In kaum einem anderen Bereich sind Beschleunigung und Stillstand so widersprüchlich und untrennbar miteinander verschlungen wie im Geschlechterverhältnis. In diesem als Keimzelle so vieler, darauf aufbauender Ungleichheiten in den Hierarchien und Machtgefällen, die unsere Gesellschaften arbeitsteilig durchziehen, zeigt sich, dass wir oft schon um das Problem wissen, es aber keinen schlichten Hebel zu seiner Aufhebung gibt. Das Tempo der Problemlösung hinkt der Problemerkenntnis lange hinterher, immer auch ausgebremst von denen, die nach wie vor kein Problem sehen wollen.



DIE UNGLEICHZEITIGKEIT DER MACHT-WISSEN-KOMPLEXE UNTER CORONA

Je krisenhafter Gesellschaften sich erweisen, desto dringender benötigen wir auch ein Verständnis dafür, wie, warum, wie lange und mit welchen Folgen sie sich von einem Aggregatzustand in den nächsten bewegen können. Was löst die Festigkeit und Verlässlichkeit der Routinen auf, was verringert den verbindlichen Zugriff von Institutionen auf unser Leben, *was* ändert *wie* die Umstände und Gründe, unter denen und derentwillen sich Menschen in Kooperation oder im Konflikt begegnen? Im Deutschland der Ära Merkel schienen die Krisen, die aufeinander folgten, grob gesagt einer *Regel abnehmender Abstraktheit* zu folgen. Sicherlich trafen Finanzkrise, Eurokrise, Flüchtlingskrise und Corona-Pandemie das Land größtenteils unvorbereitet, jedenfalls in der Wucht, in der sie die politisch Handelnden vor Handlungsdruck stellten. Aber von Krise zu Krise konnte man den Aus-

nahmezuständen immer weniger als Geschäft begegnen, die nur am Kabinettstisch abgearbeitet, von der Mehrheitsbevölkerung weithin hingenommen werden. *»Crisis? What crisis?«* - während das britische Hetzblatt ›The Sun‹ unter dieser Überschrift in den späten 1970ern gegen die Labour-Regierung agitierte, war das Alltagsgefühl vieler Deutscher während der Finanzkrise und den folgenden Jahren damit gut beschrieben. Ihre Lebensführung wurde größtenteils von der Finanzkrise kaum beeinträchtigt. Später, in der Eurokrise galt vielmehr: Die Krise, das sind die anderen – die GriechInnen, ItalienerInnen, SpanierInnen usw. Die Hintergründe zu verstehen, setzte oft ein halbes Studium der Volkswirtschaftslehre voraus, wollte man sich nicht mit den Stich- und Schlagworten der Talkshows zufrieden geben. Beeindruckend waren die immer mehr ausufernden Zahlenkolonnen bei Banken- und später Staatenrettungspaketen und EZB-Bazookas. Begründet wurden sie mit abzuwendenden Bedrohungspotentialen, die vor allem Potentiale blieben, lesbar nur durch die Brille wissenschaftlicher Expertise. Allzu sehr ließ man sich davon nicht beunruhigen. Um sich vor der Krise zu schützen, brauchte man keine Proteste, keine Demonstrationen, auch keine neue Partei – der geringere Teil der 2013 überschaubaren AfD-WählerInnen kreuzte die Partei wegen der Eurokrise an. Rechte wie linke Proteste in der Eurokrise blieben ein Minderheitenphänomen. Als Schutzschirm gegen mögliche Ansprüche von draußen reichte Angela Merkel hin. In der Flüchtlingskrise kehrte sich das Verhältnis auf einmal um. Merkel war lange nicht die Abwehrende, sondern die erste Willkommenheißende. Was sich bald ›Flüchtlingskrise‹ nannte, wurde sehr konkret aufgefasst, verstanden und verfochten. Änderte sich für die allermeisten Deutschen materiell nichts, so doch umso mehr

Zum Ausdruck kommt das größere Angewiesensein auf Expertisen im Angesicht gesellschaftlicher Ausnahmezustände bei gleichzeitiger Demokratisierung der Auszeichnung von ExpertInnen.

auf ideologischem Terrain, beim Blick aufs eigene Land. Mehr denn je wurde die Krise zum Schau- und Kampfplatz von ExpertInnen und Gegen-ExpertInnen. Krisen beleuchten neben vielem anderen auch die Arbeitsteilung des Wissens.

Damit ist angesprochen, was sich durch diese ungleichen Krisen hindurch wandelte: Wie Expertise und politische Macht mit der Notwendigkeit, die Bevölkerung zur Mitwirkung zu gewinnen, sowie ihrer Bereitschaft dazu zusammentrafen. Die wieder abgeflauten ›Hygiene-Demos‹ von ›Corona-Skeptikern‹ und ihren diversen verschwörungsideologischen Inspirationsquellen und Gurus waren nur oberflächliches Symptom für die Ungleichzeitigkeit, die sich im gesellschaftlichen Gewebe Bahn gebrochen hat. ExpertInnen, können wir in aufschlussreichen soziologischen Ausarbeitungen lesen, sind »Menschen (...) die über Wissen verfügen, das wir selber nicht haben, auf das wir aber gleichwohl verwiesen und angewiesen sind, sobald wir es (freiwillig oder unfreiwillig) mit bestimmten, unsere eigenen Kompetenzen übersteigenden Problemen und Fragen zu tun haben«. ExpertInnen als TrägerInnen von Expertise stehen demnach immer in bestimmten Verhältnissen zu Laien einer- und (politischen) EntscheidungsträgerInnen andererseits. Noch grundlegender, auf den Schultern des Marxismus stehend können wir sagen, dass die unzähligen Systeme, Apparate und Institutionen, die in ›modernen‹ Gesellschaften unser Leben einrahmen und deren wir – wie im Moment – oft erst gewahr werden, wenn sie versagen oder unter Stress stehen, nur durch die Expertise und ihre TrägerInnen ›zu uns sprechen können‹. Die SoziologInnen sehen zwei Wirkungskreisläufe am Werk, einmal »denjenigen gesellschaftlicher Konstruktion von ExpertInnen« und den »der Konstruktion von Wirklichkeit durch ExpertInnen«.

Was die Corona-Demos und die unerwartete Erfolgsserie verschwörungsideologischer Nachrichtenplattformen signalisieren, ist nicht nur die

unvermeidlich politische Qualität der Frage des ersten Kreislaufs, die aufwirft, wer aus der Bevölkerung die Zuschreibung als ›ExpertIn‹ erhält und wessen Urteil man sich zu unterwerfen bereit ist. Zum Ausdruck kommt das größere Angewiesensein auf Expertisen im Angesicht gesellschaftlicher Ausnahmezustände bei gleichzeitiger Demokratisierung der Auszeichnung von ExpertInnen. Akzeptanz von Expertise läuft immer darauf hinaus, dass Leute ihr handfestes und überliefertes Erfahrungswissen zurückstellen zugunsten eines Wissens, das - mal mehr, mal weniger, aber tendenziell mehr - sich in abstrakten Modellen, Berechnungen und Szenarien mit vielen Unbekannten konkretisiert. Das warf in Deutschland zumindest während der Finanzkrise keine politischen Probleme auf, weil die Expertise nicht nach Beeinträchtigungen des Alltags verlangte, ihre Deutungsmuster in der Eurokrise mit der Selbstbeschreibung als tugendhafte schwäbische Hausfrau und den Stereotypen von GriechInnen, die finanz- und wirtschaftspolitisch ›ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben‹, allzu vertraute Vorurteile und Feindbilder sogar bestätigte. Einen Bruch erlebte die Macht der Expertise in der Flüchtlingskrise. Diese, weil viel stärker politisch erlebt und ausgefochten, provozierte mehr als die Finanz- und Eurokrise das Bedürfnis nach Gewissheiten, auf das Expertise antworten soll. Doch antworten konnte sie diesmal nicht in erhoffter Art und Weise. Im radikal-rechtspopulistischen Auftrieb manifestierte sich auch ein Wahrheitskonflikt – sichtbar an der Weigerung, eigenes Erfahrungswissen, eigene Urteile, Vorurteile und Verdächtigungen im Lichte der Expertise zu überdenken. Vielleicht formulierte niemand diese Attitüde trotziger Selbstbehauptung besser als Michael Gove, Sprecher der ›Leave‹-Kampagne vor dem Brexit-Referendum: »I think people in this country have had enough of experts«. Hier markierte die Corona-Pandemie eine bemerkenswerte Umkehr. Allensbach wusste im Juni 2020 zu berichten, dass außerhalb der AfD-Anhängerschaft das Ansehen von ExpertInnen merklich gestiegen sei. Die Glaubwürdigkeit der Forschung habe zugenommen. Noch 2017 hatten 61 Prozent gegen 25 Prozent auf Nachfrage gemeint, dass man sich auf das Urteil von ExpertInnen nicht verlassen könne. Unter dem Eindruck der Corona-Pandemie aber »meinte dagegen eine – allerdings knappe – relative Mehrheit von 45 zu 37 Prozent, das könne man so nicht sagen«. Allerdings stützte sich die gestiegene Zustimmung wahrscheinlich auf ein – womöglich folgenreiches – Missverständnis. Die Wertschätzung konzentrierte sich vor allem auf die massenmedial wahrnehmbaren Wissenschaftszweige, zudem scheine »bei den Bürgern die Vorstellung vorzuherrschen, Wissenschaft sei ein Dienstleistungsbetrieb, bei dem man bestimmte Ergebnisse bestellen könne«.

Im zweiten Kreislauf begegnen wir der Konstruktion von Wirklichkeit durch Expertise. Durch die Gewissheitserwartungen der Laien sind mögliche Konflikte mit der ExpertInnen-Weltsicht wahrscheinlich, wenn sich etwa im Laufe einer Pandemie herausstellt, dass auch TrägerInnen der Expertise nicht alles wissen, auch sie mitunter ›auf Sicht fahren‹ oder sich revidieren müssen – wie es die Logik der Forschung zwingend erfordert. Die Verdichtungen von Expertise zu Indikatoren, Modellen, quantifizierbaren Wahrscheinlichkeiten und Szenarien legen Eindeutigkeiten nahe, womit

sie Enttäuschungen vorprogrammieren. Unter Corona wurde das Spannungsverhältnis zwischen ExpertInnen-Rat und politischer Entscheidung besonders deutlich, weil man BürgerInnenrechte und Wirtschaftsaktivität gegen Erfolgsaussichten oder Verschlimmerungsverhinderungen eintauschte. Paradox ist daher nicht nur, dass manche gerade den Erfolg der Einschränkungen in Deutschland, der sich in international geringen Infektionszahlen und Sterbefällen niederschlug, eben die Sinnhaftigkeit der Maßnahmen infrage stellen ließ. Paradox ist auch, wie stark das Thema Klimawandel in den Hintergrund trat, so dass dessen unzureichende Berücksichtigung in den Konjunkturpaketen von vielen Fachleuten beklagt wird. Denn bei Corona wie beim Klimawandel soll

größtenteils abstraktes ExpertInnenwissen mit der Warnung vor noch nicht erfahrbaren, bestenfalls andernorts beobachtbaren Folgewirkungen bisweilen radikale Eingriffe in die Gesellschaft rechtfertigen. Während allerdings bei Corona über allen Eingriffen das Versprechen der Vergänglichkeit schwebt, läuft die Expertise zum klimaschutzgerechten Umbau auf weitreichende und dauerhafte Veränderungen bei Wohnformen, Mobilität, Konsum- und Freizeitgewohnheiten und nicht zuletzt auf die Gestalt und Inhalte der verfügbaren Arbeitsplätze hinaus.

Das führt direkt zu einem, in der Literatur wenig beachteten dritten Wirkungskreislauf. Je nachdem, wo und wie die Krise ausbricht, was sie anrichtet, was unterbrochen, gebremst, beschleunigt, umgebaut oder neu geschaffen werden muss, stellen sich spezifische Anforderungen an das Praktisch-Werden des ExpertInnenwissens. Konnte 2012 ein kleiner Kreis von Zentralbankern mit Mario Draghis berühmtem »Whatever it takes« fast im Alleingang den Anschub geben, die Eurozone vor der Selbstzerstörung durch Herdentriebe auf den Finanzmärkten und erzwungenen Euro-Exit zu retten, reicht die gleichwohl weiterhin notwendige Intervention der TechnokratInnen heute nicht mehr hin. Corona markiert insofern eine ›Demokratisierung‹ des Ausnahmezustandes, als das ExpertInnenwissen umso mehr auf die Alltagserwartungen und die davon angeleiteten Praktiken angewiesen ist, um wirksam werden zu können. Regierungen können Ausgangssperren, Abstandsregeln oder Maskenpflicht verordnen, aber es ist kaum möglich, sie flächendeckend zu sanktionieren. Regierungen können Konjunkturprogramme auflegen, aber ob und wie sie wirken, hängt – insbesondere bei Maßnahmen wie der Mehrwertsteuersenkung – von der tatsächlichen Konsumbereitschaft der Leute und dem Preissetzungsverhalten der Unternehmen ab. Die Handlungsfähigkeit wird so umverteilt, dass sie sich in einer Wirkungskette von ExpertInnen über politische Entscheidungen bis zur alltäglichen Mitwirkung der Leute verwirklichen muss.

VON DER UNGLEICHZEITIGKEIT ZUR UMKEHR

Wir können gerade noch nicht absehen, ob sich aus den eingetretenen Erschütterungen, die sich zwischen Stilllegung und Beschleunigung durchsetzen, auch dauerhafte Umkehrungen in der gesellschaftlichen Entwicklungen ergeben. Etwa im Hinblick auf die *Parteien* wissen wir noch nicht, ob der Corona-bedingte Höhenflug der Unionsparteien von Dauer sein wird, der sich ausgerechnet zu einem Zeitpunkt eingependelt, in dem die Führungsfrage der CDU ungeklärt ist. Dass bis zum Pandemie-Ausbruch die Bündnisgrünen ei-

nen beachtlichen Höhenflug erlebten, legt uns aber eher den Schluss nahe, dass das Parteiensystem zunehmend einem bald entwurzelten Baum gleicht. Weil nicht mehr durch viele ›unterirdische‹ Verästelungen in die Zivilgesellschaft verflochten, organisierte Interessen vertretend und auch unpolitische Alltagsbegegnungen pflegend, wird es leichter durch aufkommende Windstöße, sprich Themen-Konjunkturen mal in diese, mal in jene Richtung geneigt, so dass mal diese, mal eine andere Partei beinahe anstrengungslos Zuwächse einstreicht. Waren es zwischen Sommer 2018 und Frühling 2020 das Thema Klimawandel und die Erfolge der AfD für Bündnis 90/Die Grünen, so bläht nun Corona Wind die Segel der Union. Kein Ausdruck von politischer Reife wäre es wahrscheinlich, in voreilige Nervosität verfallend, die zunächst vor allem in Umfragen wiederbelebte Christdemokratie von vornherein zur Siegerin zu erklären, alle Anstrengungen für fortschrittliche Mehrheiten abzuschreiben und sich unter Ausblendung aller Substanz in die trügerische Sicherheit der ›politischen Mitte‹ zu flüchten, die sich bereits in der Vergangenheit zuverlässig als bloße Schimäre bloßgestellt hat. Wie phantomhaft die Mitte ist, zeigt sich etwa an der Umkehr in der *Finanzpolitik*. Die ›schwarze Null‹, der Olaf Scholz in Nachfolge von Wolfgang Schäuble öffentlichkeitswirksam die Treue geschworen und auf die seine Partei einzuschwören er sich vorgenommen hatte, soll zunächst einmal nicht mehr gelten. Die Geräuschlosigkeit dieser 180 Grad-Umkehr ist bemerkenswert. »Wenn es über Jahrzehnte hinweg eine politische Gewissheit gab, dann die Angst der Deutschen vor Schulden. Geprägt durch die traumatische Erfahrung der Hyperinflation, fast ein Jahrhundert her, und dennoch bis in die Gegenwart wirksam. Nun aber will die Kanzlerin so viele Schulden zulassen wie nie zuvor – und der Aufschrei bleibt aus«. Was gerade eben noch als linkes Teufelszeug verschrien war, scheint nun als einzige Hoffnung.

Ähnlich verhält es sich mit der *Geldpolitik*. Bereits die vergangenen Krisenzyklen hatten die Illusion beerdigt, Zentralbanken, einschließlich der EZB, hätten vor allem anderen die Inflation zu bekämpfen. Die Weltwirtschaft hängt nun aber mehr denn je davon ab, dass Zentralbanken die Finanzmärkte stabilisieren, dass sie Vertrauen schaffen durch die Bereitschaft, sich als ›Kreditgeberinnen der letzten Instanz‹ (Lender of last Resort) in die Pflicht nehmen und auf eine immer offenere Abstimmung und Zusammenarbeit mit den Regierungen einzulassen, zu denen sie doch entsprechend der lange herrschenden Doktrin von ihrer Unabhängigkeit großen Sicherheitsabstand einhalten sollten. Dass das Aufgabenprofil von Zentralbanken sich mit den Wirtschaften ändern muss, in denen sie operieren, ist international den meisten BeobachterInnen schon länger klar, nur in den Stuben der deutschen VerfassungsrichterInnen scheint die Wirklichkeit noch nicht angekommen. Ob es gelingt, die verfassungsrechtlich durchaus kritisierbare Kluft zwischen dem Wortlaut der EU-Verträge und der systemrettenden Praxis der EZB zu schließen, wird von Anfang bis Ende eine politische Frage sein – womit wir mitten in *Europa* angekommen wären. Treffend bemerkte Luuk van Middelaar: »Im Grunde genommen hat die deutsche Ratspräsidentschaft bereits am 18. Mai begonnen. An dem Tag, an dem Angela Merkel und Emmanuel Macron ihren Plan für einen europäischen Wiederaufbaufonds vorgestellt haben. Die Kanzlerin ist dabei sehr viel weiter auf Frankreich und andere, vor allem südeuropäische Länder zugegangen, als es viele selbst in ihrem eigenen Umfeld erwartet hatten«. Dass es Anfang 2020 auf einmal so schnell ging bei der Abkehr von früheren deutschen Positionen, lässt im Rückblick die Jahre der Eurokrise noch bitterer erscheinen, als hierzulande keinerlei politische Kraft willens oder in der Lage war, die von Deutschland maßgeblich mitdiktierten Spar- und Deregulierungsauflagen zu stoppen. Zugleich stimmt es hoffnungsvoll, dass die Zukunft nicht die Fortsetzung der unrühmlichen Vergangenheit sein muss. Vielleicht könnte die Bekämpfung der COVID 19-Pandemie am Ende Initialzündung einer wirklichen europäischen Öffentlichkeit geworden sein, wie sich vermutlich nicht nur Middelaar erhofft.

Wir können und wollen nicht enden, ohne die Frage emanzipatorischer Perspektiven anzusprechen. Der Ansatzpunkte sind genug, und doch wird gerade in Deutschland die gesellschaftliche Linke zu selten als handelnde Kraft wirksam. Einer fast zu Tode zitierten Passage aus Antonio Gramscis ›Gefängnisheften‹ zufolge kristallisiert sich eine Krise »gerade in der Tatsache, dass das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann: in diesem Interregnum kommt es zu den unterschiedlichsten Krankheitserscheinungen«. Wir denken, dass sich viele dieser »Krankheitserscheinungen« auf Ungleichzeitigkeiten zurückführen lassen, von denen wir einige ausgebreitet haben. In dieser Konstellation sehen wir die dringende Pflicht, jedes Gelegenheitsfenster für fortschrittliche Veränderungen zu nutzen. Wo das Tor bereits in Richtung einer Politik

jenseits der schwarzen Null, einer neuen Rolle der Bundesrepublik im europäischen Macht- und Abstimmungskonzert jenseits der Merkelschen ›Madame No‹, einer Wertschätzung und dementsprechenden Bezahlung der Sorgearbeiten geöffnet ist, muss es aufgestoßen werden. Wo die bisweilen existenzgefährdende Lage durch Corona die Lücken im System sozialer Sicherung bei Selbstständigen und GeringverdienerInnen deutlich gemacht haben, müssen sie geschlossen werden. Heute erscheint sehr unwahrscheinlich, dass nach Bewältigung der Pandemie die Umbruchszeit in eine restaurative Phase mündet, in der die politisch bislang herrschenden Kräfte den während der Krise vor aller Augen vorgeführten Handlungsspielraum erfolgreich mit einem Bombardement an Sachzwang-Rhetorik wieder abschnüren, wie es in den 90ern mit der ›Standortdebatte‹ und in den frühen 2000ern bei der Agenda 2010 der Fall war. Um hier eingriffs- und bündnisfähig zu sein, muss die gesellschaftliche Linke deswegen endlich den längst überfälligen Abschied von den Feindbildern der ›Nuller Jahre‹ nehmen – niemand wird auf eine linke Regierung hoffen, deren wichtigstes Versprechen es ist, das Phantom eines offensiven Neoliberalismus zu bekämpfen. Während in den 2000ern das Spielfeld von Abwehrkämpfen geprägt war, geht es nun schon mehrere Jahre darum, den Weg und die Sprache für die Offensive zu finden – auf den vielen Schauplätzen, auf denen sie stattfinden kann. Die Linke muss sich trennen von denjenigen, die noch heute wider alle Wirklichkeit die Legende einer grundsätzlich und weitgehend ohne Abstufungen ›kapitalhörigen‹ Politik vertreten. Sie muss sich zuständig fühlen und willens sein, das ›Neue‹ zur Welt zu bringen – eine neue Aneignung der Wirklichkeit, die die Lektionen von Corona gelernt hat. Sie muss Formen finden, um die von Lockdowns stillgelegten Leute baldmöglichst zu aktivieren. Sie muss Räume und Gelegenheiten schaffen, in denen und durch die die Leute sich weniger als von ExpertInnen Gerettete und mehr als ExpertInnen ihres Alltags und seine (Um)Gestaltung Bewirkende erfahren. Die fortschrittliche Politik muss einen Austausch begründen, der einlädt, nicht nach der neuen Ordnung, sondern wie einst Brecht im finnischen Exil 1941 nach der ›großen Produktion‹ zu fragen: »der große irrtum, der mich hinderte, die lehrstückchen vom BÖSEN BAAL DEM ASOZIALEN herzustellen, bestand in meiner definition des sozialismus als einer großen ordnung. Er ist hingegen viel praktischer als große produktion zu definieren. produktion muß natürlich im weitesten sinn genommen werden, und der kampf gilt der befreiung aller menschen von allen fesseln. Die produkte können sein brot, lampen, hüte, musikstücke, schachzüge, wässerung, teint, charakter, spiele usw.usw.« Wenn der Schlüssel und Kristallisationspunkt aller Ungleichzeitigkeit in der Arbeitsteilung liegen, so könnte doch die fortschrittliche Losung lauten, die Arbeit zur großen Produktion neu zu definieren und neu aufzuteilen: *Sorge mit, erwirtschafte mit, träume mit, komponiere mit, bestimme mit!*